

Neoliberale Wurzeln des Sozialstaatsabbaus seit 2000

Attac München - Winterschule 2012 – Michael Köhler

- Verwendete
Literatur:
- C. Butterwegge: Kritik des Neoliberalismus, 2007
 - C. Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates,
4. Auflage 2012
 - H. G. Hockerts: Soziale Ungleichheit im Sozialstaat, 2010
 - S. Lessenich: Die Neuerfindung des Sozialen, 2009
 - L. Leisering: Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Krise
des Sozialstaats, 2003
 - F. Nullmeier: Der deutsche Sozialstaat. Spannungs- und
Konfliktlinien im Sozialstaat, 2003

Entwicklung des Sozialstaates

In Bezug auf die Expansion, die Gesetzgebung und die Ausgaben des Sozialstaates können fünf Phasen unterschieden werden:

- Restauration (1949–1953),
- Ausbau (1953–1975),
- Konsolidierung (1975–1990),
- späte Expansion (1990–1995)
- Krise (ab 1995).

In gesellschaftsgeschichtlicher Hinsicht sind **vier** Phasen der Sozialgestalt des deutschen Sozialstaats benennbar:

- Konstitution, also Aufbau und Normalisierung (1949–1966);
- Weiterentwicklung und Modernisierung des Sozialstaats (1966–1975);
- Sozialstaat in Bedrängnis(1975–1995)–„Bedrängnis“ in fiskalischer, ökonomischer und legitimatorischer Hinsicht;
- die grundlegende Infragestellung und Krise von Sozialstaatlichkeit seit Mitte der 90er-Jahre.

Sozialstaat in Deutschland

- Ein **Sozialstaat** ist ein Staat, der in seinem Handeln soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit anstrebt, um die Teilhabe aller an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu gewährleisten. Es bezeichnet konkret auch die Gesamtheit staatlicher Einrichtungen, Steuerungsmaßnahmen und Normen, um das Ziel zu erreichen, Lebensrisiken und soziale Folgewirkungen abzufedern. Der Staat verpflichtet sich, in Gesetzgebung und Verwaltung für einen sozialen Ausgleich der Gesellschaft zu sorgen.
- Die konkrete Gestaltung des Sozialstaats erfolgt in der Sozialpolitik.
- In Deutschland gehört das Sozialstaatsprinzip neben dem Rechtsstaats-, dem Bundesstaats- und dem Demokratieprinzip zur Grundlage der Verfassungsordnung.
- „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“
GG Artikel 20 Absatz 1 GG

Zur Krise und Kritik des Sozialstaates

- Der Politikwissenschaftler [Christoph Butterwegge](#) bezeichnet den **Umbau bzw. Abbau des Sozialstaats in Deutschland** als die umfassendste Restrukturisierung des Sozialstaates seit 1945.
- Sie sei eine **Reorganisation nach [neoliberalem](#) Konzept**, das **Leistungsreduktionen, eine Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen bzw. eine Verkürzung der Bezugszeiten und die Reindividualisierung sozialer Risiken** beinhalte.
- Sozialpolitik ist eine Reaktion auf das Versagen des Marktes, der weder für Unfall - Krankheit – Pflegebedürftigkeit vorsorgt noch ausreichend Arbeitsplätze schafft! (Dobner)

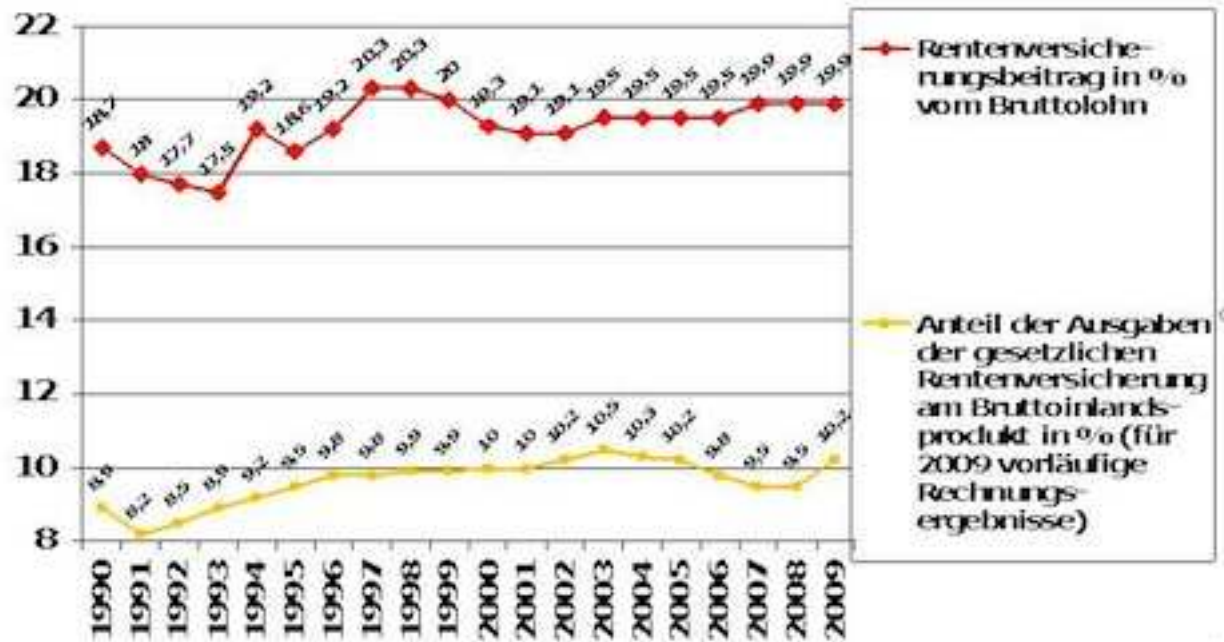
Nach neoliberaler Ansicht ist der **Wohlfahrtsstaat** zu einem **Monster entartet**, das die **Volkswirtschaft lähmt** und dessen pseudosozialer Charakter die damit verbundene Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte verdeckt.

Der moderne **Interventionsstaat** erscheint als **Wachstumsbremse** und nicht mehr tragbare **Belastung** des „eigenen“ **Wirtschaftsstandortes**.

Meinolf Dierkes und Klaus Zimmermann, die sich auf von Hayek berufen, erklären den **Wohlfahrtsstaat** zum gigantischen **Kapital- und Arbeitsplatzvernichter**, der das private Sparen, die „**eigenverantwortliche Vorsorge**“ und das soziale Engagement seiner Bürgerinnen **verhindere**.

Die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung explodieren?

Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung / Rentenversicherungsbeitrag 1990 - 2009



Quellen: Deutsche Rentenversicherung Bund; Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Altersvorsorge; eigene Berechnungen

Martin Staiger

Rentenanspruch in Abhängigkeit vom Jahr des Renteneintritts

92,66 %

88,2 %

64,4 %

58 %

1978–1991

1992-1996

ab 2001

2030

Diverse Veränderungen der GRV sowie SGB II und XII

Alterssicherung

- **1957** zielte Rentenreform **nicht** nur auf **Vermeidung von Altersarmut** **sondern** auch auf **Funktionswandel**:
- Vom Zuschuss zum Lebensunterhalt zum **nahezu vollwertigen Lohnersatz** und Bewahrung des im Arbeitsleben erworbenen sozialen Status.
- Leistungsäquivalenzprinzip war die dominierende Gerechtigkeitsidee!
- 2001 und 2004 Rentenreform: struktureller Wandel:
 1. Betriebliche und private Altersvorsorge zunehmend relevant
 2. Leistungsbeschneidungen durch:
 - > Änderungen der Rentenformel und
 - > Erweiterung um Nachhaltigkeitsfaktor
- Ergebnis: Ziel der Lebensstandardsicherung aufgegeben
- In den nächsten Jahren ist wohl mit Folgendem zu rechnen:
 - > Zunahme der Altersarmut sowie
 - > Zunahme des Bedürftigkeitsprinzips

Arbeitslosigkeit

- Leitidee der Arbeitslosenversicherung **war** der weitgehende **Erhalt** des **Lebensstandards**
- **2005** ALG I: 12 Monatsbegrenzung
ALG II: Grundsicherung für Arbeitssuchende

Ergebnis

- 1. Vom Ziel der Statussicherung zum Ziel der Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums
- 2. Bedürftigkeitsprinzip hat sich durchgesetzt - zu Lasten des Leistungsprinzips

Neue Entwicklungstendenzen:

- Bedürftigkeitsprinzip (bei Arbeitslosigkeit und Alterssicherung)
- Betriebliche und private Alterssicherung zu Lasten staatlicher Rentenleistungen
- Partieller Bruch mit Prinzipien von Leistungsgerechtigkeit und Staterhalt

Ergebnisse rot-grüner und schwarz-roter Sozialpolitik

- Lebensstandardsicherung als Ziel aufgegeben *AloV*
 - Sozialkulturelles Existenzminimum sichern anstelle
Statussicherung *AloV*
 - Bedürftigkeitsprinzip anstelle Leistungsprinzip *AloV + Rente*
 - Partieller Bruch mit Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit
und des Stuserhalts *AloV*
(Leistungsäquivalenzprinzip war vorher die dominierende Gerechtigkeitsvorstellung)
-

- Staatsversorgung --> Selbstvorsorge
- öffentliche --> private
Sicherungsverantwortung
- kollektives --> individuelles
Risikomanagement

Analyse der neoliberalen Wurzeln des Sozialstaatsumbaus

- Bill Clinton´s Credo: „to move people from welfare to work!“
- Clintons Forderungskatalog im Jahr 1992:
“anyone who can go to work must go to work work is preferable to welfare. And it must be enforced.”
- Walter Riester 2002:
“Die zentrale Frage lautet doch: Wie bekomme ich die arbeitsfähigen Bedürftigen möglichst schnell und gut wieder in der ersten Arbeitsmarkt. Aus dieser Frage muss alles Weitere abgeleitet werden.“ (FAZ 15.2.2002)

- Mit Hartz IV wurde nicht nur die verwaltungstechnische Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in einer neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende beschlossen, und das zum Jahr **2005** eingeführte **ALG II** bedeutete nicht bloß „**Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949**“ (FAZ 30.06.2004).
- Vielmehr bestätigte und zementierte Hartz IV den bereits in den Jahren zuvor sich abzeichnenden **Wandel der arbeitsmarktpolitischen Regulierungsphilosophie** in der BRD.
- Es geht also nicht nur um die Förderung von Aktivität auf Seiten der Arbeitslosen, sondern um **proaktives Verhalten aller Versicherten** im Interesse einer **Vermeidung** des versicherungswirtschaftlichen und fiskalischen **Schadensfalls**.

- Die **arbeitsmarktpolitische Programmatik der „Förderns und Forderns“** ist von weitgehender, von basaler gesellschaftspolitischer Bedeutung.
- Der Abbau des Sozialstaates lässt sich jedoch nur erschließen, wenn man **nicht bei der Diagnose** der (teilweise) abgesenkten Leistungsstandards **bleibt**.
- Die Zeichen der Zeit stehen offenkundig auf der gesellschaftlichen Anmahnung gemeinnütziger Beiträge des Einzelnen. In Politik und Sozialwissenschaft wird unisono **mehr „Eigenverantwortung, die zu Gemeinwohl führt“** (Schröder, 2000) eingefordert.
- Forderung: „....dass Bürger sich ihrer eigenen Verantwortung für das Gemeinwesen“ klar werden.
- Förderung des Gemeinwohls durch Aktivierung, d. h. durch Resozialisierung der unterstützten Erwerbsfähigen in eine **„eigenverantwortliche“ Lebensführung**, so lautet die explizite **Zweckbestimmung** arbeitsmarktpolitischen „Förderns und Forderns“.

Das Schröder/Blair Papier und der „aktivierende Sozialstaat“ als Leitbild

- Am 13. Juni 1999 (kurz vor der Europawahl) zeigten der damalige britische Premier Tony Blair und Gerhard Schröder Europas Sozialdemokraten einen „Weg nach vorne“.
Was als Schröder/Blair Papier bekannt wurde, sah im deutschen **Sozialstaat** hauptsächlich ein **Beschäftigungshindernis**.
- „Ein **Sozialversicherungssystem**, das die Fähigkeit Arbeit zu finden, **behindert**, muss reformiert werden.
Moderne Sozialdemokraten wollen das **Sicherheitsnetz aus Ansprüchen** in ein **Sprungbrett** in die **Eigenverantwortung umwandeln.**“ (S. 333)
- Das Blair-Schröder Papier 1999 bewirkte in Deutschland eine weitgehende Abkehr von bisherigen sozialpolitischen Paradigmen und die Übernahme britischer Ideen sozialer „Sicherheit“:

Großbritannien – Deutschland

Unterschiedliche sozialpolitische Paradigmen

GB

- o Freiheit
 - o Basissicherung
 - o Ungleichheit unabdingbar
- (Prägekraft des liberalen angelsächsischen Kulturerbes)

D

- o Staat positiv konnotiert
- o Christliche Soziallehre
- o Gleichheit

- In der Spannung zwischen **Marktökonomie**, die unablässig **Ungleichheit** hervorbringt und der **demokratischen Ordnung**, die auf politischer **Gleichheit** beruht, tritt der **Sozialstaat als Vermittlungs-Instanz** auf:
Seine Begründung liegt darin, soziale Ungleichheit auf ein gesellschaftlich akzeptiertes Maß zurückzuführen. (*Hockerts*)
-> Soziale Marktwirtschaft

Neue Sozialpolitik

- **Nicht mehr die Sicherung des Risikos,** zeitweise oder dauerhaft **kein Erwerbseinkommen mehr zu beziehen,**
steht im Zentrum dieser Konzeption von Sozialpolitik, sondern **die Förderung von Erwerbsfähigkeit und Produktivität.**
- Sozialpolitik wird gerichtet
 - > auf mehr und höherwertige Erwerbstätigkeit,
 - > auf Vermeidung von Sozialleistungsbezug,
 - > auf Verringerung des Aufwandes für Sozialpolitik im traditionellen Sinne.

Entsprechend entwickelt sich innerhalb der Sozialpolitik eine Spaltungslinie:

- ***investive Sozialpolitik*** für die Jungen und Arbeitsfähigen als Mischung aus Förderung, Qualifizierung und dem mehr oder minder verstärkten Zwang zur Arbeitssuche und -aufnahme;
- die sogenannte ***passive Sozialpolitik*** für all diejenigen, von denen absehbar kein produktiver Beitrag zu erwarten ist, insbesondere also den Älteren.
- Sollte sich eine **Sozialpolitik als Investition und Produktivitätsförderung** durchsetzen, *könnte politisch eine bisher nicht vorhandene Spaltung innerhalb der Bevölkerung erzeugt werden.*

Neue Sozialpolitik

Sozialpolitik steht vor der Frage:

Soll sie, eher als

- **potenzielle Erzeugerin von sozialen Spannungslinien** agieren

(Vorsorge gegen Krankheit und Alter?)

oder

- will sie **Pfad der politischen und sozialen Integration qua sozialer Sicherung** weitergehen